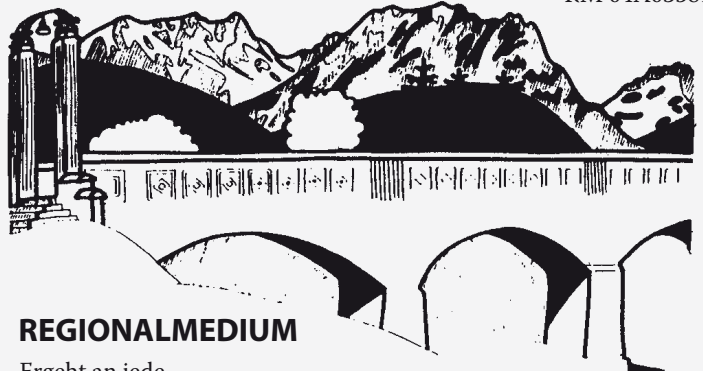


TROFAIACHER NACHRICHTEN

Gemeindemitteilungsblatt für die Region Leoben
Nr. 2, März 2023



REGIONALMEDIUM

Ergeht an jede
Postabgabestelle in Trofaiach und Vordernberg

Aus dem Trofaiacher Gemeinderat – Sitzung 16. März 2023

Tageszentrum: auch für Trofaiacher Senioren?

In Donawitz gibt es seit August ein von der Volkshilfe betriebenes Tageszentrum für Seniorinnen und Senioren. Es ist für zwölf Tagesbesucher beziehungsweise für 16 Halbtagesgäste ausgelegt. Das Tageszentrum ermöglicht, betagten oder dementen Personen, die noch in ihrem eigenen Zuhause oder bei ihrer Familie leben, eine tageweise Betreuung. Diese beinhaltet Beschäftigungs- und Aktivierungsangebote wie Gedächtnistraining und gemeinsame Ausflüge, inklusive einer Abholung und Heimfahrt mit einem Fahrdienst.

Finanziert wird das Tageszentrum vom Land Steiermark. Die Tagesgäste zahlen einen nach Einkommen gestaffelten Selbstbehalt.

Auch die Gemeinden leisten Zuschüsse; derzeit allerdings nur Leoben für die in Leoben gemeldeten Besucher des Zentrums. Laut Volkshilfe



Tageszentrum Leoben: Bald auch Besucher aus Trofaiach.

wäre es möglich, daß auch Trofaiacher das Tageszentrum besuchen. Platz wäre, so KPÖ-Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer in einer

Anfrage an zu Bürgermeister Mario Abl (SPÖ). „Allerdings müßte die Gemeinde den Gemeindeanteil für die Trofaiacher Tagesgäste übernehmen. Ich weiß, daß von einigen Menschen unserer Stadt großes Interesse besteht, das Zentrum zu nutzen. Mir wurde von Betroffenen berichtet, Trofaiach wolle diesen Anteil

Fortsetzung umseitig

Wir kaufen Ihr Gold!

- sofort gegen Bargeld
- unbürokratisch
- zum Tageshöchstpreis

Schmuck, Münzen, Barren, Uhren
Zahngold, beschädigte Gegenstände, ...

... weil gute Geschäfte Vertrauenssache sind:

Antiquitäten Jahrbacher
gratis Auskunft 0664/33 82 716
Direkt in Leoben beim Schwammerlturm
www.jahrbacher.at www.jahrbacher.com



Auch
Verpfändung
möglich!



Lesen Sie auch Seite 21

Aus dem Inhalt

SPÖ beschließt Parkverbot
Bergmannngasse

Seite 4

Land kauft Energie-Steiermark
Anteile zurück

Seite 13

Pumptrack: Anrainer
melden sich zu Wort

Seite 16

Friedensverhandlungen
statt Waffenlieferungen

Seite 18

Fortsetzung von Seite 1

angeblich nicht übernehmen. Stimmt das? Das würde ja wohl nicht die Welt kosten“, so Leitenbauer:

Bürgermeister Abl entgegnete, daß die Zuzahlung von Trofaiach ursprünglich viel höher ausgefallen wäre. Nun gäbe es ein neues Modell. Es gäbe im April konkrete Gespräche mit den Verantwortlichen, um die Rahmenbedingungen zu verhandeln. Der Bürgermeister sagte Gabi Leitenbauer zu, Plätze im Tageszentrum bald auch der Trofaiacher Bevölkerung anbieten zu können: „Wenn alles so läuft, wie sich das abzeichnet, werden wir voraussichtlich ab Mai auch unserer Bevölkerung dieses Tageszentrum zu Verfügung stellen können“, so Abl.

Kompostieranlage Thoma – Stilllegung aufgehoben

KPÖ-Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer ersuchte bereits im Dezember Bürgermeister Mario Abl, er möge sich erkundigen, ob es im Zusammenhang mit der Kompostieranlage Thoma von der Behörde eine neue Entscheidung gäbe. Laut Anrainern komme es wieder verstärkt zu Betriebsstörungen. Die Beantwortung dieser Anfrage läßt die

Alarmglocken schrillen. Der Bürgermeister berichtete, er habe vom Land Steiermark die Mitteilung erhalten, daß Herr Thoma im Zuge der von der Behörde verfügten Anlagenschließung aufgefordert wurde, den noch vorhandenen Kompost zu Fertigkompost abzusieben und zu entfernen. Hinsichtlich der Anlagenschließung habe das Land mitgeteilt, daß mit Erkenntnis des Landesverwaltungsgerichtes vom 16. Jänner 2023 dem Antrag des Betreibers auf Widerruf der Anlagenschließung stattgegeben wurde. Das heißt, der Stilllegungsbescheid wurde aufgehoben. „Der Anlagenkonsens ist wieder aufrecht, aber der Betreiber verfügt über keine Erlaubnis zum Sammeln und Behandeln von Abfällen“, so Abl. Der Behörde sei bis jetzt jedoch kein Inhaberwechsel bekannt. Weitere Informationen würden auch dem Land nicht vorliegen.



Parkplätze Bushaltestelle Gimplach

ÖVP-Gemeinderat Ulrich Kapaun will eine Regelung beim Parkplatz bei der Busumkehr Rüsthaus Gimplach: „Hier kommt es immer wieder zu Problemen mit dem Grundeigentümer wegen dem Parkplatz. Könnte man mit diesem nicht ein Abkommen schaffen, damit das geregelt wird? Man könnte dann auch die Auslastung des Busses erhöhen, wenn dort Autos parken könnten.“

Laut Bürgermeister Abl wurden hier bereits vor Jahren mit dem Besitzer Gespräche geführt, er werde es aber noch einmal versuchen.

Datenschutzprobleme durch Kameras auf Straßen?

KPÖ-Gemeinderat Christian Weiß wollte wissen,

warum an diversen Einfahrtsstraßen in Trofaiach Kameras installiert wurden. Diese erfassen laut Infoschild den Straßenzustand für den Winterdienst. Christian Weiß: „Wie viele Geräte wurden zu welchen Kosten angeschafft? Und entstehen hier Datenschutzprobleme wenn Anrainergrundstücke mit fotografiert werden?“

Bürgermeister Mario Abl bestätigte, daß 14 solcher Kameras in unserem Gemeindegebiet aufgestellt wurden. Die Geräte wurden von der Herstellerfirma probeweise für einen Versuch zur Verfügung gestellt. Seines Wissens seien die Kameras so eingestellt, daß darauf keine Privatgrundstücke zu sehen seien. Er werde sich bei der Firma erkundigen.

„Platz der Vielfalt“

Die Gemeinde erwarb 2020 die Liegenschaft Friedhofgasse 1 und errichtete dort einen mit einem Pavillon, Pflanzen und Sitzgelegenheiten gestalteten Platz. Nun wurde einstimmig beschlossen, für diesen Platz die Bezeichnung „Platz der Vielfalt“ festzulegen.

Entlastung von Unternehmern auf Kosten von Familienlastenausgleichsfonds

Der Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) wird großteils über den Dienstgeberbeitrag finanziert. Die Bundesregierung beschloß, den FLAF-Beitrag ab 2025 um 0,2 Prozent abzusenken. Aus dem FLAF werden Mutterkind-Paß, Familienbeihilfe, Kinderbetreuungsgeld, Schülerfreifahrt, Schulbuchaktionen, Unterhaltsvorschüsse und Pensionsbeiträge für Kindererziehungszeiten finanziert. Unternehmer aber auch Gemeinden können bereits für die Jahre 2023 und 2024 von sich aus diese Senkung vornehmen. Das macht nun auch die Gemeinde Trofaiach für die Stadtgemeinde-Beschäftigten. Die KPÖ lehnt diese Umverteilung prinzipiell ab. Der Reservefonds des FLAF ist mit mehr als drei Milliarden Euro im Minus. KPÖ-Gemeinderätin Varadi-

Grabmalcenter Rötz

Steinmetzmeister

Kurt Hierzenberger

Grabanlagen - Urnengräber - Urnennischen
Renovierungen - Abtragungen
Inschriften

Kies
Lampenöl
Laternen - Vasen - Blumenschalen

**Einzigster echter Steinmetzmeisterbetrieb
in Trofaiach**

**Friedhofgasse 5, beim Stadtfriedhof
03847 / 2204 oder 0664 / 7361 7331**

grabmalcenter.roetz@aon.at

Öffnungszeiten: Mo - Fr 8.30 - 12.30 sowie nach Vereinbarung

Dianat: „Seit 10 Jahren wird der Betrag den die Unternehmer in den FLAF einzahlen, immer mehr gekürzt. Mich wundert, daß eine von Sozialdemokraten geführte Gemeinde sich diesem allgemeinen Wahnsinn anschließt und damit auch dazu beiträgt, diesen wichtige Fonds finanziell auszutrocknen.“

Die vorzeitige Senkung des Dienstgeberbeitrages wurde mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen beschlossen, die KPÖ stimmte dagegen.

KPÖ, ÖVP und FPÖ gegen Regenbogen-Zebrastreifen

In einem Dringlichkeitsantrag beantragte die Trofaiacher SPÖ, den bestehenden Zebrastreifen von der Raiffeisenbank zur Sparkasse zu einem Regenbogen-Zebrastreifen umzufärbeln. SPÖ-Gemeinderat Martin Schmucker: „Bunte Zebrastreifen mit den Regenbogenfarben setzen ein öffentliches Zeichen für Toleranz, Akzeptanz, Freiheit und Respekt. Viele Städte ha-

ben bereits bunte Zebrastreifen und setzen damit ein Zeichen gegen Diskriminierung der LGBTQ-Szene. Damit ist die lesbisch, schwul, bisexuell, Transgender und Queer-Szene gemeint.“

KPÖ-Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer: „Ich halte davon nichts! Es gibt immer mehr Menschen, die aufgrund der massiven Teuerungen in allen Lebensbereichen nicht mehr wissen, wie sie sich das Leben überhaupt noch leisten können. Und ein Regenbogen-Zebrastreifen, ist das letzte, was diese Menschen interessiert. Selbstverständlich sind wir gegen Diskriminierung, aber wir sind auch gegen Symbolpolitik. Und für uns ist das hier reine Symbolpolitik. Es wird niemand weniger diskriminiert werden, wenn da ein Regenbogenzebrastreifen ist. Wir sind für konkrete Maßnahmen, mit denen man auch etwas bewirkt.“ Leitenbauer wies darauf hin, daß gerade einen Tagesordnungspunkt vorher auf Initiative der SPÖ die Mittel des Familienlasten-

ausgleichsfonds gekürzt wurden. Leitenbauer: „Das wäre eine konkrete Maßnahme, wenn Ihr diese Verschlechterung für Familien nicht mitbeschlossen hättet. Da geht es wirklich um Diskriminierung, nämlich um Diskriminierung vieler Frauen, die es sowieso schon schwer genug haben und jetzt auch noch Angst haben müssen, daß Ihnen die Unterhaltszahlungen gekürzt werden, weil das Geld fehlt.“ Leitenbauer machte darauf aufmerksam, daß sie bezweifelt, ob der bunte Zebrastreifen

– so wie er in Trofaiach geplant ist – rechtlich überhaupt erlaubt ist. „Meines Wissens geht das nur bei einer ampegeregelten Kreuzung! Leoben hat hierzu ein eigenes Rechtsgutachten eingeholt.“ Und ÖVP-Gemeinderat Tobias Prätaler: „Es ist grundsätzlich nicht Aufgabe der Gemeinde Identitätspolitik zu betreiben sondern die Daseinsvorsorge zu garantieren!“

Der SPÖ-Antrag wurde von SPÖ und Grünen beschlossen, KPÖ, ÖVP und FPÖ stimmten dagegen.



KOSTENLOSE MIETERBERATUNG



**Die KPÖ Leoben bietet
Ihnen eine kostenlose Mieterberatung.
Ort: Pestalozzistraße 93, 8700 Leoben**

Interessenten werden gebeten, sich
unbedingt telefonisch anzumelden:

038 42/ 22 6 70



BELLAGGIO

— GELATERIA —



Im Leoben City Shopping
Montag bis Freitag 7:30 bis 19:00
Samstag 7:30 bis 18:00





Jetzt bei Ihrem Wo&Wo Fachhändler in Aktion



FAST

SONNENSCHUTZ

Ernst Lenz

Foirach 97, 8712 Niklasdorf

Tel. 03842/ 81 240, Mobil 0664/ 100 9500

Technik für Sonnen- und Wetter- schutz

Wir setzen die Sonne für Sie ins rechte Licht!

- Jalousien für den Innen- und Außenbereich
- Rollläden
- Markisen
- Stoffrollos und Faltstore
- Vertikaljalousien
- Folierungen
- Wintergartenbeschattungen
- Insektenschutz in hoher Qualität und vielfältiger Ausführung.

Jedem das Beste!

**Spezialist für Beratungen
und fachmännische Montage**

Foirach 97 • 8712 Niklasdorf

Tel. 03842/ 81 240

Mobil 0664/ 100 9500

Gemeinderatssitzung März 2023

Parkverbot Bergmannngasse nur mit SPÖ-Stimmen beschlossen

Bis jetzt war das auf Initiative der SPÖ beschlossene Parkverbot parallel zur Bergmannngasse und die Fahrradstraßen in Teilen der Bergmannngasse und der Waldstraße nur ein Probebetrieb. Jetzt wurden die Fahrradstraßen aufgehoben, das Parkverbot bleibt jedoch für alle Zukunft bestehen. Nach

Meinung der SPÖ stoße das auf große Akzeptanz seitens der Bewohner. Das sahen KPÖ, ÖVP und FPÖ anders. KPÖ-Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer: „Wir haben eine andere Wahrnehmung. Ein Großteil der Bewohner, mit denen wir gesprochen haben, sieht keinen Sinn in diesem Parkverbot. Noch problematischer wird es für die Bewohner, wenn der Ersatzparkplatz, der von der GIWOG ja nicht auf Dauer zur Verfügung gestellt wird, wegfällt. Durch das Parkverbot wird der Verkehr in der Bergmannngasse nicht weniger. Unser Vorschlag, eine Barriere oder ein Fahrverbot am Ende der Bergmannngasse zu errichten, wurde leider nicht angenommen!“ Leitenbauer kritisierte, daß die SPÖ sogar überlegt, das Parkverbot auf die Wiesengasse auszuweiten. Im Übrigen fand die Verkehrszählung nur an zwei



Tagen statt, an denen extrem starker Schneefall herrschte.

Leitenbauer stellte namens der KPÖ den Antrag, nicht nur die Fahrradstraßen aufzuheben, sondern auch das Parkverbot parallel zur Bergmannngasse abzuschaffen. Dieser Antrag fand bei KPÖ, ÖVP und FPÖ Zustimmung, SPÖ und Grüne stimmten dagegen. Für den ursprünglichen SPÖ-Antrag, lediglich die Fahrradstraßen aufzuheben, das vom Bürgermeister verordnete Parkverbot für die Bergmannngasse aber zu belassen, stimmte einzig die SPÖ. Auch Gemeinderätin Eveline Neugebauer (Grüne) sprach sich für die Beibehaltung des Parkverbotes in der Bergmannngasse aus. Ginge es nach ihr, sollte man auch für die Wiesengasse eine ähnliche Neuordnung der Parkplätze andenken. Sie will auch die weitere Beibehaltung der Fahrradstraßen.

Impressum: Medieninhaber, Verleger, Herausgeber: Verein zur Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit fortschrittlicher Kommunalpolitiker, 8700 Leoben, Pestalozzistraße 93, Tel. 03842 / 22 6 70, Fax 038 42 / 27 4 17. Verantwortlicher Chefredakteur: Vzbgm. Gabi Leitenbauer. Entgeltliche Einschaltungen sind als Anzeige kenntlich. Druck: Klampfer, Weiz. Offenlegung: die Blattlinie entspricht den Zielen des Vereins fortschrittlicher Kommunalpolitiker.

KOMMENTAR

„Hinter meiner, vorder meiner links rechts gut nix“, hat Arik Brauer vor 50 Jahren getextet und gesungen. Die Vorgangsweise von Bürgermeister Mario Abl gegenüber den geplagten Anrainern der Pumptrack-Anlage in Trofaiach-Nord könnte nicht treffender mit diesen Zeilen beschrieben werden.

Seit eineinhalb Jahren führen die Anrainerinnen und Anrainer eine rechtliche Auseinandersetzung gegen die Gemeinde; es ist quasi ein Akt der Notwehr, gegen extreme Lärmbelastungen auch an Sonn- und Feiertagen und bis in die Nachtstunden. Das wurde durch ärztliche Gutachten bestätigt.

Besonders dreist ist die Vorgangsweise der Gemeinde und des Bürgermeisters - er ist erste Instanz im Bauverfahren - insofern, daß diese Anlage ohne Baubewilligung errichtet wurde! Auch deshalb haben die Anrainer beim Landesverwaltungsgericht (LVWG) Recht bekommen. Der Gemeinde wurde innerhalb von vier Monaten ein Abbruch der Anlage aufgetragen. Das zeigt schon den ganzen Dilettantismus in der Vorgangsweise der Gemeinde!

Nun versucht der Bürgermeister die Anlage mit dem Nachholen eines Bauverfahrens und einem neuerlichen Bescheid zu retten. Dabei hätte man sich viel Wirbel ersparen können,

wäre von Anfang an ein ordentliches Bauverfahren abgewickelt worden. So wird die Sache wieder beim LVWG landen, da die massiven Einwände nicht berücksichtigt wurden.

Die Gemeinde hat es leicht: Während die Anwaltskosten der Anrainer an deren finanzieller Substanz zehren, vergeudet der Bürgermeister Steuergeld, nur um hier ein Exempel zu statuieren. In der Erwartung, daß den Anrainern irgendwann das Geld ausgeht. Auch bei den angrenzenden Mietobjekten sind viele Mieterinnen und Mieter mit der Lärmquelle alles andere als glücklich. Leider haben sie als Mieter im Verfahren keine Parteienstellung.

Um es klar zu stellen: Niemand hat etwas gegen einen Pumptrack in Trofaiach. Aber bitte nicht in einem Siedlungsgebiet. Das Argument, an Stelle des Pumptracks war vorher ein Kinderspielplatz, greift nicht. Der Lärm einer Sportanlage kann nicht mit der harmlosen Geräuschkulisse eines Kinderspielplatzes verglichen werden. Es ist erschütternd, wie sich Bürgermeister Abl hier über alle Argumente und die berechtigten Interessen einer Trofaiacher Familie hinwegsetzt. Frei nach dem Motto: Wer selbst in einer ruhigen Wohngegend logiert, braucht sich über den Lärm anderer nicht kümmern!

Pumptrack: Sein Köpferl im Sand



Bernd Kaufmann,
KPÖ-Stadtrat



Gabi Leitenbauer
KPÖ-Vizebürgermeisterin
Tel. 038 42 / 22 670

Seriös - Einfühlsam - Würdevoll
Im Trauerfall sind wir 24 h täglich für Sie erreichbar.

 **BESTATTUNG
WOLF**
LEOBEN



Verabschiedungsraum Proleb

FILIALE LEOBEN

Sabine Obermayer

Langgase 14
8700 Leoben

Tel.: 03842/82 444

FILIALE PROLEB

Roswitha Kaser

Gemeindestraße 2/1
8712 Proleb

Tel.: 0664/257 41 43

www.bestattung-wolf.com

Aus dem Trofaiacher Stadtrat – Sitzung 23.Jänner 2023

Pumptrackanlage: Landesverwaltungsgericht verordnet Abriß

Dem Antrag der Anraimer auf Beseitigung der Pumptrackanlage wurde im Dezember vom Landesverwaltungsgericht stattgegeben. Die im Juni 2021 ohne Baubewilligung um 170.000 Euro errichtete Anlage muß demnach innerhalb von vier Monaten abgerissen werden. KPÖ und ÖVP verlangten von Bürgermeister Mario Abl Aufklärung.

ÖVP-Stadtrat Michael Winkler: „Wie geht die Gemeinde mit dem Beseitigungsauftrag um, was sind die weiteren Schritte?“ Und KPÖ-Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer: „Wenn die Anlage abgerissen werden muß, wer trägt die Kosten? Nicht nur für den Abriß sondern auch für die Errichtungskosten der

Anlage? Laut Bürgermeister werden diese ja zu 100 Prozent gefördert. Besteht die Gefahr, daß durch den jetzigen Abrißbescheid diese Förderungen ausbleiben? Und muß die Gemeinde nun auch die Rechtsanwaltskosten vom gegnerischen Anwalt bezahlen?“ Laut Bürgermeister Mario Abl (SPÖ) müsse die Gemeinde den gegnerischen Anwalt nicht bezahlen. Bezüglich der eventuell ausbleibenden Förderungen teilte Abl mit, daß die EU-Förderung bisher noch nicht ausbezahlt wurde und deshalb auch die Landesförderung noch nicht abgeholt werden konnte. Die Auszahlungen der EU-Fördermittel dauere immer länger, das sei nichts außergewöhnliches, so Abl. Wie es mit der Pumptrack-Anlage weitergehe, könne er noch nicht sagen, der Abrißbescheid sei noch nicht rechtskräftig und durch

das laufende Bauverfahren gehemmt.

Chaos bei Partezettelkästen?

KPÖ-Stadtrat Bernd Kaufmann sprach noch einmal die Probleme im Zusammenhang mit den elektronischen Partezetteln an. Die KPÖ hatte das bereits mehrmals im Gemeinde- und Stadtrat thematisiert. Bernd Kaufmann: „*Laufend gibt es Beschwerden von der Bevölkerung. Wir haben bereits mehrmals vorgebracht, daß diese elektronischen Anzeigen aufgrund der Spiegelung oft nur schwer lesbar sind und es Beschwerden über langes Warten bei den Weiterleitungen gibt. Außerdem sind bei manchen Standorten oft überhaupt keine Partezettel ausgehängt. Auch der analoge Aushang beim Billa Plus ist nicht, wie vom Bürgermeister versprochen, wieder her-*

gestellt worden.“ SPÖ-Bürgermeister Abl entgegnete, daß er zwar in dieser Sache seit längerem in Kontakt mit der Bestattung sei, aber gewisse Probleme bisher noch nicht behoben seien. Er setze auf eine gemischte Lösung im Gemeindegebiet, bei manchen Standorten sei eine digitale bei anderen eine analoge Anzeige besser. Beim Billa Plus gäbe es nun einen neuen elektronischen Bildschirm, der deutlich besser lesbar sei.

Kurz nach dieser Anfrage wurde beim Billa Plus zusätzlich auch wieder der alte Partezettel-Kasten in Betrieb gesetzt.

KPÖ und ÖVP gegen Pauschale bei Auftrag für Rechtsanwalt

Die Grazer Rechtsanwaltskanzlei Neger/Ulm wird abermals pauschal mit Beratungen und Vertretungen in Höhe von 10.000 Euro beauftragt. Dagegen stimmten KPÖ und ÖVP. Grund für die Ablehnung der KPÖ ist - wie schon in den letzten Jahren - die Intransparenz der Rechts- und Beratungskosten der Gemeinde, die weit über diese 10.000 Euro hinausgehen und für die es oft keine Beschlüsse gibt. Gabi Leitenbauer: „*Uns wurde zugesagt, der Stadtrat bekommt eine genaue Aufstellung dieser Rechtsanwaltskosten. Das ist nie passiert!*“

4.300 Euro für TU-Wien

Für eine Publikation der Technischen Universität (TU)-Wien zu deren Projekt „Städtebauliches Entwicklungskonzept Trofaiach“ beteiligt sich die Gemeinde neuerlich mit 4.500 Euro. Die Gemeinde hat in den vergangenen Jahren die TU-Wien im Zusammenhang mit der Innenstadtentwicklung schon mehrmals unterstützt. Auch

Fortsetzung Seite 8

Im Gösser Bräu genießen Sie das feine Gösser Spezial



Wer ein Krügel Gösser Spezial genießen will, muß sich ein wenig Zeit nehmen. Damit der kompakte Schaum einen wahren Biergenuß garantiert dauert das Zapfen 20 bis 30 Minuten. Die intensive goldgelbe Farbe des Biers verzaubert jeden Bierliebhaber. Der kräftige Körper und die gute Struktur des Biers lassen die hopfige Bitterkeit gepaart mit einem kräftigen Malzton erst so richtig zur Geltung kommen. Der Alkoholgehalt beträgt 5,7 %. Nicht so stark wie der Bock aber doch deutlich kräftiger als ein Märzen. Gösser Spezial wurde nicht umsonst 1955 beim Bankett anlässlich der Unterzeichnung des Staatsvertrages gereicht. Lassen Sie sich dieses wunderbare Bier im **Restaurant Gösser Bräu** einschenken!



Gösser BRÄU



Öffnungszeiten:

Montag - Sonntag von 11:00 - 22:00
Küche von 11:00 - 21:00

Mittwoch Ruhetag

Turm-gasse 3, 8700 Leoben

„Ein Brauhaus wie man es sich vorstellt!“

**Beste Gösser Bierspezialitäten
Bierkultur vom Feinsten**

Fortsetzung von Seite 6

dagegen stimmten KPÖ und ÖVP. Die KPÖ meint, dieses Geld könne für nützlichere Dinge verwendet werden.

43.400 Euro für technische Betreuung

Da die Gemeinde selbst keine Licht- und Tonanlage zur Verfügung stellen kann, wird die Leobener Firma Herzkraft mit der technischen Betreuung für diverse Kulturveranstaltungen 2023 beauftragt, Kostenpunkt 43.400 Euro. 765 Trofaiacherinnen und Trofaiacher mit geringen Einkommen bekamen 2022 einen Weihnachtszuschuß von je 100 Euro; 76.500 Euro wurden dafür freigegeben. Alle diese Beschlüsse wurden einstimmig angenommen.

66 Vereine bzw. Organisationen bekommen 2023 Subventionen zwischen 400 und 5.000 Euro, insgesamt 82.700 Euro. Bis auf eine Ausnahme

einstimmig. Die KPÖ sprach sich erneut einzig gegen die Subvention von 5.000 Euro für den „Interaktion-Verein für ein Interkulturelles Zusammenleben“ aus. Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer: „Wir finden, daß die Höhe der Subvention hier unverhältnismäßig hoch ist, im Gegensatz zu den Unterstützungen für andere Vereine!“

12.000 Euro für Sonderzeitung „10-Jahre Fusion“

Um sich für die Gemeindefusion feiern zu lassen, gab die Gemeinde auf Initiative von Bürgermeister Mario Abl eine eigene Sonderausgabe der Gemeindezeitung heraus; Kostenpunkt 12.000 Euro. Dagegen stimmten KPÖ-Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer und KPÖ-Stadtrat Bernd Kaufmann. Gabi Leitenbauer: „Die 12.000 Euro für eine Jubelbroschüre könnte man wirklich für Vernünftigeres verwenden!“

Was uns ein- und auffällt...

...daß bei den deutschen Karstadt-Kaufhäusern neuerlich tausende Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren. Bereits vor Jahren hat das mehrheitlich im Besitz des österreichischen Unternehmers **Rene Benko** befindliche Unternehmen über 600 Millionen Euro Steuergeld zur Rettung erhalten und trotzdem tausende Stellen abgebaut. So schauen Paradeunternehmer aus...

...daß, während es sich in der Zwischenzeit nicht mehr verhindern läßt, die USA als Sprengmeister der Nord-Stream-Pipelines festzumachen, sich sogenannte „Qualitätsmedien“ in intellektuellen Verrenkungen üben, um diesen kriegerischen und

nur von Spezialkräften auszuführenden **Akt gegen die europäische Energieversorgung**, ukrainischen „Boots-touristen“ in die Schuhe zu schieben.

...daß Bürgermeister Mario Abl eine offenbar **selektive Vorgangsweise bei der Umsetzung von Gemeinderatsbeschlüssen** hat. Wie sonst könnte es sein, daß die Umsetzung des KPÖ-Antrages, der auch von der SPÖ mitbeschlossen wurde, die Engstelle einer Straße in Gai/Töllach zu beseitigen, immer wieder verschleppt wird und der Bürgermeister sich auf Nachfragen im Gemeinderat von einer Ausrede zur nächsten schleppt.

Auf zu Trachten Feiler

- das ideale Geschäft für alle Trachtenfans!

Endlich ist es wieder soweit. Wir dürfen unsere Tracht auf festlichen Aktivitäten, wie Hochzeiten, Kommunion und anderen offiziellen Anlässen ausführen. Bei Trachten Feiler finden Sie Ihre Trachten für jeden Anlaß und jeden Geschmack.



Im Sortiment stehen besonders die selbst kreierte und geschützte Damen Trachtendirndl hervor. Das „Trofaiacher Alltagsdirndl“ sowie das „Trofaiacher Festtagsdirndl“ sind exklusiv bei Trachten & Country Feiler zu erwerben.

Neben der beliebten „Rosegger-Kollektion“ für Damen und Herren locken auch exklusive Kreationen wie der Erzherzog-Johann-Gehrock für Herren oder das Anna-Plochl-Dirndl und -Kleid für Damen sowie das Steiermark-Dirndl.

Selbstverständlich finden Sie Trachten Feiler angefangen von günstigen Herren Lederhosen, Wildbockle-



derhosen, bis hin zu hochwertigen Hirschlederhosen viele dazu passende Accessoires. Direkt vor dem Geschäft gibt es ausreichende Parkplätze. Kommen Sie vorbei und überzeugen Sie sich selbst. Hier

findet jeder Trachtenfreund etwas Passendes!

Kommentar

Wer den FLAF weiter ausräumt, macht das Gegenteil von Sozialpolitik!

Wissen Sie, wo Ihre Familienbeihilfe herkommt?

Oder wie das Kinderbetreuungsgeld finanziert wird? Oder woraus die Unterhaltsvorschüsse bezahlt werden? Die richtige Antwort lautet: Aus dem Familienlastenausgleichsfonds, kurz auch FLAF genannt.

Der FLAF wurde 1955 gegründet, um Familien bei der finanziellen Belastung der Erziehung und Ausbildung ihrer Kinder zur Seite zu stehen. Bei seiner Gründung verzichteten alle unselbstständig Beschäftigten im Jahr 1955 einmalig auf die damalige sechsprozentige Lohnerhöhung und befüllten damit den FLAF. Im Gegen-

zug wurde die laufende Erhaltung des FLAF als sogenannter „Dienstgeberbeitrag“ fortgeführt. Aus dem Fonds werden jährlich sieben bis acht Milliarden Euro ausbezahlt, die so wichtige Dinge, wie die Familienbeihilfe für 1,8 Millionen Kinder finanzieren. Dazu noch die Schülerfreifahrt, die Schulbuchaktion und der in den letzten Tagen heftig diskutierte Zuschuss zu den Mutter-Kind-Pass Untersuchungen. Bereits in den letzten Jahren wurde der FLAF-Beitrag unter dem Motto „Senkung der Lohnnebenkosten“ laufend gesenkt. Das hat dazu geführt, daß der FLAF-Reservefonds bereits mit über drei Milliarden Euro im Minus ist.

Im Rahmen des sogenannten „Entlastungspakets II“, das Ende Oktober 2022 beschlossen wurde, wurde nun wieder eine Kürzung der Dienstgeberbeiträge um 0,2% ab 2025 beschlossen. Bereits für 2023 und 2024 kann auf die Erhebung „freiwillig“ verzichtet werden. Davon macht die Gemeinde Trofaiach für die Stadtgemeinde-Beschäftigten Gebrauch. Dazu hat die KPÖ Nein gesagt. Denn es ist zu befürchten, daß weitere Kürzungen den FLAF endgültig in eine finanzielle Schieflage bringen. Was wird dann passieren? Entweder werden die Leistungen gekürzt oder diese wichtigen Unterstützungsleistungen müssen aus



dem allgemeinen Steuertopf beglichen werden. Während sich unsere Gemeinde durch die Kürzung der Beiträge ein paar tausend Euro spart, summieren sich diese österreichweit auf 250 Millionen. Ich habe es bereits im Gemeinderat gesagt: Mich wundert, daß eine von Sozialdemokraten geführte Gemeinde sich diesem allgemeinen Lohnnebenkostensenkungswahnsinn anschließt und so mit dazu beiträgt, diesen wichtigen Fonds finanziell auszutrocknen.

**DI Katharina
Varadi-Dianat
KPÖ-Gemeinderätin**

TRACHTEN FEILER

BEI UNS WIRD OSTERN TRADITIONELL!



Gute Laune zu Ostern
mit Dirndl und Lederhose.

Von Kopf bis Fuß für die
ganze Familie finden Sie bei

uns Trachtenmode mit hoher Qualität!



Langefeldstr. 2, 8793 Trofaiach, Tel. 03847/2308, www.trachten-feiler.at

Mo – Fr: 9:00 – 12:30 Uhr & 15:00 – 18:00 Uhr, Sa: 9:00-12:30 Uhr



SEIT 1921
windhager
 DIE HEIZUNG
 MIT DER ENERGIE VON MORGEN.



WIE DIE NATUR:
**FINDET
 ÜBERALL
 PLATZ.**



**BioWIN2 –
 einer der kleinsten
 Pelletkessel seiner Klasse.**

Bis zu 5 Jahre Vollgarantie, zigtausende zufriedene Kunden und über eine Milliarde Betriebsstunden an Erfahrung machen den kompakten und leistungsstarken BioWIN2 zur beliebtesten Pelletsheizung von Windhager. Natürlich aus Österreich. www.windhager.com

TOLLE FÖRDERUNGEN SICHERN!

1-2 mal jährliche
 Entleerung durch fahrbare
 XXL-Aschebox

Einfach einzubringen
 und zu montieren
 durch geteilte Lieferung



FINK



Installationen GmbH

Pestalozzistraße 63, 8700 Leoben
 Tel 03842 / 21 4 84, Fax 03842 / 21 4 84 - 14
www.fink-installationen.at, office@fink-installationen.at

Wir beraten Sie ...

Badgestaltung Heizung Alternativennergien

Jetzt auf Pellets umsteigen

Durch die attraktiven Förderungen werden in diesem Jahr wieder viele Öl- und Gasheizungsbetreiber auf Pellets umsteigen. Der Salzburger Heizexperte Windhager bietet mit dem BioWIN2 Touch die perfekte Lösung dafür. Neben seiner platzsparenden Bauweise punktet dieser Pelletskessel mit top Qualität „Made in Austria“, erstklassigem Komfort und einem sauberen, umweltfreundlichen Betrieb.

Der Kauf einer Pelletsheizung ist aus vielen Gründen eine lohnende Investition. Aktuell liegt der Preisvorteil gegenüber Heizöl EL bei 30 Prozent. „Ein weiterer guter Grund, jetzt umzusteigen, sind die hohen Förderungen“, weiß Harald Fink vom gleichnamigen Installationsunternehmen aus Leoben. Je nach Einkommen kann sich der Antragsteller von Bund, Land und den Gemeinden bis zu 100 Prozent der Investitionskosten als Förderungen holen. „So hohe Zuschüsse gab's noch nie. Der Tausch der alten Öl- oder Gasheizung gegen eine nachhaltige Lösung mit erneuerbaren Energien wird damit für alle leistbar“, freut sich Harald Fink.

Die perfekte Pellets- Heizlösung für den Umstieg

Wenn es um den Tausch der alten Öl- oder Gasheizung geht, vertrauen

immer mehr Kunden auf den bewährten BioWIN2 Touch vom Salzburger Heizexperten Windhager. Mehr als eine Milliarde Betriebsstunden Erfahrung und das Beste aus vier Pelletskessel-Generationen stecken in diesem Gerät. Der BioWIN2 Touch punktet mit geringem Platzbedarf, robuster Bauweise „Made in Austria“, patentierter Pellets-Saugzuführung und einer innovativen Regelung mit Touch-Funktionen. Komfortable Reinigungsmechanismen und die effiziente, beinahe rückstandslose Verbrennung sorgen dafür, dass sich der Betreiber um fast nichts mehr kümmern muss. Nur die extra große, fahrbare Aschebox muss im Schnitt einmal im Jahr geleert werden. Außerdem muss der BioWIN2 Touch nur mehr alle zwei Jahre oder nach 16 Tonnen Pelletsverbrauch gewartet werden. Das spart dem Betreiber Zeit und Geld.

Sichern Sie sich also Ihren Termin bei der Firma Fink-Installationen für eine Anlagenberatung mit Kostenschätzung (200 Euro) und im Bedarfsfall für ein detailliertes Angebot (100 Euro). Diese Kosten bekommen Sie natürlich bei Auftragserteilung wieder zur Gänze vom Kaufpreis abgezogen.

**Weitere Infos unter:
 038 42 / 21 4 84**

Aus dem Landtag Steiermark – Sitzung Februar 2023

KPÖ thematisiert medizinische Versorgungskrise

Anfang Februar wurde publik, daß das LKH-Tamsweg bis Ostern keine steirischen Patienten mehr aufnehmen wird; ausgenommen sind lediglich Notfälle. Ein Viertel der Patientinnen und Patienten kommt aus der Steiermark. Im kärntnerischen Friesach droht eine ähnliche Situation. Jetzt rächt sich die Schließung der internen Abteilung im LKH-Stolzalpe.

In der Zwischenzeit gibt sogar der KAGES-Vorstand Gerhard Stark der seit Jahren geäußerten Kritik der KPÖ Recht. Laut Stark sei „die Misere ein Produkt der seit Jahren verfolgten Zentralisierungspolitik, bei der Lan-

desspitäler sukzessive ausgedünnt wurden.“

KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg: „Frau Landesrätin Bogner-Strauß, Sie führen diesen Kahlschlag seit Jahren unbeirrt fort, den ihr Vorgänger als Gesund-

heitslandesrat Christopher Drexler begonnen hat. Die Leidtragenden sind die Patientinnen und Patienten.“

Landesrätin Bogner-Strauß (ÖVP) redet sich auf den Personalmangel aus. Dadurch könnten Abteilungen nicht mehr ordentlich betrieben werden.

Werner Murgg: „Die Fehler sind bei uns hausgemacht. Eine derartige Misere gibt es in anderen Bundesländern nicht.“ Murgg berichtete, daß neulich wieder acht Ärztinnen und Ärzte das Brucker Spital

verlassen hätten. Einige arbeiten jetzt im burgenländischen Oberwart, weil es dort viel bessere Bedingungen gäbe.

Pensionserhöhung für Landes-Pensionisten zu gering

KPÖ und FPÖ stimmten gegen die heurige Pensionsregelung für Landesbedienstete, da die Erhöhung weit unter der Inflationsrate liegt. Ein Antrag der FPÖ den Landes-Pensionisten einen echten Inflationsausgleich zu gewähren, wurde von SPÖ, ÖVP, Neos und Grünen abgelehnt. Nur die KPÖ war dafür.

Goldankauf zu Tageshöchstpreisen

DAS  Waasenplatz 1, 8700 Leoben
PfANDHAUS

Sie brauchen Geld?
Wir helfen Ihnen!

**SOFORT
BARGELD!**

Autopfand
Elektronikpfand
Schmuckpfand
Goldpfand



**GOLD-
ANKAUF**
ZU TAGESHÖCHSTPREISEN
WIR BERATEN SIE UND
SCHÄTZEN IHR GOLD
KOSTENLOS!

WIR SUCHEN DRINGEND
**LUXUSUHREN
&
SCHMUCK**
ALLES AUS GOLD, SILBER & PLATIN

Brauchen Sie Geld und wollen Sie Ihr Gold möglichst lukrativ verkaufen? Dann sind Sie beim Pfandhaus Leoben richtig. Das Pfandhaus kauft Ihr Gold zu aktuellen Tageshöchstpreisen. Angekauft werden Altgold, Schmuck und Luxusuhren. Selbstverständlich bekommen Sie beim Pfandhaus Leoben auch eine kompetente Beratung.

**Pfandhaus
Leoben am
Waasenplatz 1,
0660/7901036**

www.pfandhaus-leoben.at



Aus dem Trofaiacher Stadtrat – Sitzung vom 13. Februar 2023

Fragwürdige Verkehrszählung in Trofaiach-West

Seit Juli 2022 gibt es den in Teilen der Bevölkerung umstrittenen Probetrieb für die Bergmannsgasse und die Waldstraße. KPÖ und FPÖ sprachen sich in der Gemeinderatssitzung im September gegen eine Weiterführung des Probetriebes aus. Nun wurde neuerlich die Firma „Verkehrplus“ beauftragt, eine weitere Verkehrszählung durchzuführen; Kostenpunkt 3.762 Euro.

KPÖ-Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer und ÖVP-Stadtrat Michael Winkler zeigten sich verwundert über diese Kosten: „Die Gemeinde hat an diese Firma für dieses Verkehrskonzept schon mehr als 33.000 Euro bezahlt und wir waren alle der Annahme, daß in diesen Kosten die Verkehrszählung bereits enthalten ist!“ Laut Bürgermeister ist dem nicht so. Gabi Leitenbauer: „Wir lehnen nach wie vor das Parkverbot parallel zur Bergmannsgasse ab. Auch die Fahrradstraße bringt - wie uns von betroffenen Anrainern berichtet wird - kaum eine Verkehrsberuhigung. Eine neuerliche Verkehrszählung, noch dazu wenn wir diese extra bezahlen müssen, halten wir für unnötig!“ Der Auftrag wurde von SPÖ und ÖVP beschlossen, die KPÖ stimmte dagegen. Sonderbar ist allerdings, daß, wie sich erst später herausstellte, die Verkehrszählung bereits vor dem Beschluß im Stadtrat durchgeführt wurde. Im Übrigen dürfte diese Verkehrszählung, die für je sechs Stunden an nur zwei Tagen, am 1. und 2. Februar, durchgeführt wurde, nicht besonders repräsentativ sein. Am 2. Februar schneite es massiv, wodurch der Verkehr deutlich weniger war als sonst.

Probleme beim Fonds „Trofaiach hilft“?

In der letzten Stadtratssitzung berichtete der Bürgermeister, daß aus dem Fonds „Trofaiach hilft“, er ist mit

mehr als 30.000 Euro dotiert, im Jahr 2022 15.516 Euro an 44 Personen für Unterstützungsleistungen ausbezahlt wurden. Nun wollten KPÖ und ÖVP näheres über den Fonds wissen. Gabi Leitenbauer berichtete von Trofaiacherinnen und Trofaiachern, die durch die extremen Teuerungen in einer Notlage geratenen seien und deshalb um eine Unterstützung angesucht hätten. Einige hätten berichtet, daß sie unproblematisch finanzielle Hilfe bekommen hätten, andere wiederum, daß ihnen außer einigen Gutscheinen aus dem Fonds keine finanzielle Unterstützung gewährt wurde. Die Gemeinde hätte von ihnen verlangt, einen Finanzierungsplan zu erstellen und ihre gesamten Kontoauszüge offenzulegen. Gabi Leitenbauer zu Bürgermeister Abl: „Du hast in den Medien angekündigt, daß die Hilfe rasch und unbürokratisch erfolge. Das ist scheinbar nicht immer der Fall!“ Bürgermeister Abl: „Selbstverständlich helfen wir rasch und unbürokratisch!“ Die Mitarbeiter der Gemeinde würden aber angewiesen, darauf hinzuweisen, daß es auch andere Institutionen gäbe, die finanzielle Hilfen gewähren, so Abl.

ÖVP-Stadtrat Michael Winkler ersuchte, wie auch bei anderen Unterstützungsleistungen der Gemeinde üblich, dem Stadtrat, der ohnehin zur Vertraulichkeit verpflichtet ist, eine Aufstellung über die Aufteilung der gewährten Unterstützungsleistungen vorzulegen. Da-

von hielt der Bürgermeister nichts. Den Betroffenen sei es sowieso schon unangenehm um eine Unterstützung zu bitten.

Neuerlich fragwürdige Wirtschaftsförderungen

Einstimmig beschlossen wurden die erste Tranche der Mietenförderung in Höhe von 3.600 Euro für die „Zauber Kuchl“ in der Hauptstraße 54 und der erste Teil in Höhe von 4.800 Euro für die Rechtsanwaltskanzlei Pranchh in der Hauptstraße 42. Für die Hauptstraße 42 wurden seitens der Gemeinde seit Mai 2022 insgesamt bereits vier Mietenzuschüsse für vier verschiedene Mieter desselben Gebäudes gewährt, drei davon für Mieter mit einer Minigeschäftsfläche von 14 bis 16 Quadratmetern. Einer dieser Mietenzuschüsse ging sogar an die eigene Ehefrau des Gebäudeeigentümers. Insgesamt wird dieses Objekt innerhalb von drei Jahren bereits mit insgesamt 31.200 Euro bezuschußt. Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer wollte von Bürgermeister Mario Abl wissen, ob sich neben der Rechtsanwaltskanzlei auch noch die anderen Mieter, denen diese Zuschüsse gewährt wurden, nach wie vor in diesem Objekt befinden. Gabi Leitenbauer: „Weder auf den Internetseiten dieser Mieter noch am Gebäude selbst war

für uns ein Hinweis zu erkennen, daß deren Firma bzw. Büro sich in diesem Gebäude befindet.“ Bürgermeister Mario Abl: „Mir wäre nicht bekannt, daß dort wer ausbezogen ist.“

Ein weiterer Mietenzuschuß wurde für eine Vermietung am Roßmarkt 22 gegen die Stimme der KPÖ beschlossen. Grund der Ablehnung: „Wenn die eigene Ehefrau als Vermieterin mit dem Ehemann als Mieter einen Mitvertrag abschließt und der dann einen Mietenzuschuß bekommt, mutet das schon seltsam an“, so die KPÖ.

Ebenso bei einem Investitionszuschuß an den Eigentümer des Gebäudes Hauptstraße 66 in Höhe von 3.000 Euro stimmte die KPÖ dagegen. Auch hier werden weitere 3.000 Euro nach zwei Jahren an den Eigentümer ausbezahlt. Leitenbauer: „Hier geht es um eine Doppelförderung. Vor kurzem gab es einen Mietenzuschuß für die dort eingemietete „Foto Lisl“ in diesem Gebäude, da waren wir dafür. Daß aber jetzt auch noch der Eigentümer des Gebäudes mit insgesamt 6.000 Euro einen Zuschuß für den Kauf des Gebäudes bekommen soll, sehen wir nicht ein!“



Aus dem Landtag Steiermark

Land kauft 25-Prozent-Anteil an der Energie-Steiermark zurück

Mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ, KPÖ und Grünen beschloß der Landtag, den bisher vom australischen Investmentfond Macquarie gehaltenen Viertelanteil an der Energie Steiermark um 525 Millionen Euro zu erwerben. FPÖ und Neos stimmten dagegen.

Damit kommt der Landtag einer Forderung der KPÖ nach. Diese hatte bereits vor Monaten im Landtag einen ähnlichen Antrag eingebracht, der damals lediglich von den Grünen unterstützt worden war. Insgesamt kostet der Deal dem Land rund 534 Millionen Euro. Dafür wird ein Kredit aufgenommen, der mir den nun höheren Dividenden der Energie Steiermark bedient wird.

Die KPÖ hatte bereits im Mai 2015, damals verkaufte der französische Minderheitsbesitzer EDF seinen Anteil, im Landtag beantragt, das Land solle zugreifen. Leider waren FPÖ, SPÖ und ÖVP damals dagegen. Hätte man 2015 schon den Anteil

zurückgekauft, hätte sich das Land einschließlich der zwischenzeitlich entgangenen Dividenden fast 370 Millionen Euro erspart.

Werner Murgg: „Statt uns heute über diverse Medien auszurichten was alles falsch läuft, hätte Franz Voves 2015 als Landeshauptmann zugreifen sollen. Er hätte uns viel Geld erspart!“

Was passiert mit dem erworbenen Anteil?

Die ÖVP-SPÖ Landesregierung hat angekündigt, den Anteil in einigen Jahren wieder abzugeben. Drei Szenarien gäbe es: Der Verkauf an einen Finanzinvestor, ein Börsengang oder die Suche

nach einem strategischen Partner. Werner Murgg: „Auf keinen Fall darf unser Familiensilber an einen Finanzinvestor gehen. Macquarie hat mit dem Deal in sieben Jahren 270 Millionen verdient. Für die Mästung von Heuschrecken ist die Energie Steiermark zu kostbar.“

Auch einen Börsengang lehnt die KPÖ ab. Es besteht hier immer die Gefahr, daß unliebsame Konkurrenten im Laufe der Zeit Sperrminoritäten erwerben. Der Verbund-Konzern oder die EVN könnten davon ein Lied singen, so Werner Murgg.

Die KPÖ präferiert einen strategischen Partner aus der Energiebranche. Klug wäre

eine Kooperation mit dem Verbund. Mit ihm baut die Energie Steiermark bereits gemeinsam Kraftwerke an der Mur. Außerdem ist die Estag sicher noch für viele Jahre von der Fernwärmlieferung aus dem Verbundkraftwerk in Mellach abhängig.

Murgg: „Wir könnten den Anteil an den Verbund übertragen und dafür unseren bestehenden Anteil von derzeit 5,3 Prozent an der Verbund-Wasserkraft (AHP) deutlich aufstocken. Statt einer Dividende sollten wir günstigen Verbund-Wasserkraftstrom erhalten, um die Strompreise für die Steirerinnen und Steirer nachhaltig senken zu können.“



8. März: Für die Rechte der Frauen!

Wie jedes Jahr nahm die KPÖ auch heuer den 8. März, den Internationalen Frauentag zum Anlaß, um auf die immer noch bestehenden Benachteiligungen von Frauen in unserer Gesellschaft hinzuweisen.

DIE KPÖ FORDERT:

- * Gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.
- * Das Recht auf einen leistbaren Platz in einer Kinderbetreuungseinrichtung für jedes Kind.
- * Höhere Löhne und Gehälter, besonders für die Beschäftigten im Gesundheits-, Pflege-, Sozial- und Bildungsbereich.

Wert schätzung



Termin vereinbaren!

Jetzt kostenlose Marktwerteinschätzung*

remax.at

Christine Wolfinger, +43 664 470 72 23
c.wolfinger@remax-tradition.at

Wolfgang Wilding, +43 664 395 17 40
w.wilding@remax-tradition.at

RE/MAX Tradition

Waasenplatz, 8700 Leoben

*Angebot gültig bis 31. Mai 2023. Gilt nur für Einfamilienhäuser, Eigentumswohnungen und Baugrundstücke bis 1.500m². Wolfgang Wilding

Aus dem Trofaiacher Gemeinderat – Sitzung 15. Dezember 2022

Neue Aktivitäten bei Kompostieranlage Thoma?

KPÖ-Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer berichtete von neuerlichen Sorgen der Anrainer der Kompostieranlage in Kurzheim. Gabi Leitenbauer: „Die Kompostieranlage wurde bekanntlich vor einem Jahr von der Behörde stillgelegt; ein Annahmestopp von weiteren Materialien wurde ausgesprochen. Anrainer berichteten mir, daß es bei der Anlage wieder vermehrt zu Geruchsbelästigung kommt. Die Anzahl der Kompostmieten, die sich wegen des Annahmestopps eigentlich verringern sollten, wurden mehr. Es soll auch wieder verstärkte Betriebstätigkeiten in der Nacht ab 20 Uhr geben.“

Gabi Leitenbauer wollte von Bürgermeister Mario Abl (SPÖ) wissen, ob es betreffend der Kompostieranlage von der Behörde eine neue Entscheidung gäbe. „Ist die Stilllegung

aufgehoben, gibt es eine neue Bewilligung?“ Mario Abl wußte von keiner neuen Entscheidung. Er sagte Leitenbauer aber zu, sich beim Land darüber zu informieren.

Fernwärmeanschluß ausweiten?

Laut SPÖ-Gemeinderat Hannes Greilberger möchten viele Besitzer privater Wohnhäuser ihr Heizsystem auf Fernwärme umstellen. Greilberger: „Gibt es bereits Überlegungen das Fernwärmenetz auszubauen?“

Laut Abl gäbe es diesbezüglich bereits Gespräche mit der KELAG. Andererseits gäbe es auch Ideen von Landwirten aus dem Gößgraben für eine Hackschnitzelanlage. „Das wäre vielleicht sogar mit der KELAG kombinierbar“, so Abl.

Laut Bürgermeister gäbe es dazu derzeit keine Bemühungen. Das sei schon aufgrund der Temperaturen schwer machbar. Ein mit Strom betriebener Eislaufplatz sei aufgrund der derzeit angespannten Energiesituation ausgeschlossen.

Probleme beim Einspeisen erneuerbarer Energie?

Bürgermeister Mario Abl berichtete, daß in Trofaiach bereits 300 Photovoltaikanlagen errichtet wurden. Mit der Inbetriebnahme der Photovoltaikanlage Schloßbauer und dem Windpark erzeugt Trofaiach ab 2024 eineinhalbmal mehr Strom, als die Stadt selbst braucht.

KPÖ-Gemeinderat Christian Weiß wollte in diesem Zusammenhang wissen, ob bei allen Projekten in Bezug auf erneuerbarer Energie die Einspeisemöglichkeit in das öffentliche Stromnetz gewährleistet sei. Ihm wurde von Besitzern von Photovoltaikanlagen mitgeteilt, daß es Limitierungen bei den Einspeisungen gäbe. Christian Weiß: „Können Sie sicherstellen, daß auch an Sommertagen diese



Kompostieranlage Thoma: Wann können Anrainer endlich aufatmen?

Kein Eislaufplatz für Trofaiach

ÖVP - Gemeinderat Ulrich Kapoun will von Bürgermeister Mario Abl wissen, ob in näherer Zukunft geplant sei, in Trofaiach einen Eislaufplatz zu errichten.

0650 / 304 89 79



MONTANA KEBAB



LEOBEN

KERPELYSTRASSE 28, 8700 LEOBEN

Menge an Strom eingespeist werden kann?“

Laut Bürgermeister Mario Abl wären hier entscheidend, ob es sich um das Versorgungsgebiet der Stadtwerke oder der Energie Steiermark handelt.

Es müsse aber ohnehin das Trafosystem umgebaut werden, um die Abnahme der großen Photovoltaikanlage beim Schloßbauer und des geplanten Windparks zu gewährleisten.

Sommer-Kinderbetreuungs-einrichtungen: 20 Prozent teurer

Ab dem Sommer 2023 verteuert die Gemeinde auch die Tarife für die Sommerbetreuung von Krippen-, Kindergarten- und Volksschulkindern um 20 Prozent. Zusätzlich beschlossen wurde, daß sich die neuen Tarife nun am monatlichen Höchsttarif für Halbjahreskindergärten des Landes orientieren. Eltern, die ihre Kinder im Sommer in eine dieser Kinderbetreuungseinrichtungen schicken, zahlen nun 36,61 Euro statt bisher 30 Euro pro Woche, für einen Monat also 146,43 Euro. Der Betrag wird jährlich automatisch um die Inflationsrate erhöht; es gibt keine soziale Staffelung. Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer sprach sich gegen diese Erhöhung aus: „In Zeiten, wo für Familien ohnehin alles teurer wird und viele nicht mehr wissen, wie sie das alles bezahlen sollen, muß nicht auch noch die Gemeinde alles erhöhen!“ Die Erhöhung wurde von SPÖ, ÖVP, Grünen und FPÖ beschlossen, die KPÖ stimmte dagegen.

Aus dem Trofaiacher Stadtrat – Sitzung vom 6. März 2023

Rechtsstreit Pumptrackanlage: Kosten nicht beschlossen?

Seit mehr als eineinhalb Jahren führt die Gemeinde mit den Anrainern der Pumptrack-Anlage einen Rechtsstreit. Seit Monaten werden dazu seitens der Gemeinde immer wieder eine Rechtsanwaltskanzlei und ein Raumplanungsbüro beigezogen. Beschlossen wurde allerdings – gegen die Stimmen der KPÖ – einzig die Vertretung durch die Anwaltskanzlei beim Verfahren beim Landesverwaltungsgericht.

KPÖ-Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer verlangte von Bürgermeister Mario Abl (SPÖ) Aufklärung über die bisher angefallenen Kosten. „Wo wurde das alles beschlossen und welche Kosten sind der Gemeinde durch diesen Rechtsstreit bisher entstanden? Was hat allein das umfangreiche Gutachten des Raumordnungsbüros gekostet, für das es auch keinen Beschluß gibt? Für uns entsteht der Eindruck, daß die Gemeinde die Anrainer auf Steuerzahlerkosten solange niederprozessiert in der Hoffnung, daß den Anrainern das Geld ausgeht!“

Da Bürgermeister Mario Abl anfangs immer behauptete, die Auskunft auch vom Land erhalten zu haben, keine

Bauverhandlung zur Errichtung der Pumptrack-Anlage durchführen zu müssen, wollte ÖVP-Stadtrat Michael Winkler wissen, wer bzw. welche Abteilung vom Land der Gemeinde diese Auskunft erteilt habe und ob diese Auskunft auch schriftlich vorliege. Bürgermeister Mario Abl erklärte, daß er all diese Fragen in der nächste Stadtrats-sitzung beantworten werde.

Sanierungsarbeiten Gößgrabenstraße 17

Folgende Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt. Die

Schützengilde Trofaiach und der Schützenverein Hafning nehmen an einem Turnier in der slowenischen Partnerstadt Kamnik teil. Die Gemeinde übernimmt die Buskosten von 1.834 Euro. Für das Gebäude Gößgrabenstraße 17 sind Sanierungsarbeiten notwendig. 11.320 Euro wurden dafür freigegeben, für den Druck von Broschüren für den „Ferienspaß“ 2023 für Kinder und Jugendliche 3.600 Euro.

Beschlossen wurden für 10 Förderwerber Ökoförderungen von insgesamt 3.345 Euro.

Du willst frisches, gesundes Gemüse?
KAUF' DORT, WO ES WÄCHST!



Die Gärtnerei Kainz bietet Gemüsepflanzen wie Salat, Kohlrabi, Kraut und Karfiol – so können Sie ganz leicht Gemüse pflanzen und ernten. Und das zu günstigen Preisen!



GÄRTNEREI KAINZ
Ing. Christian Kainz
Gmeingrubenweg 12
A 8793 Trofaiach

Montana Kebap

Neueröffnung in Niklasdorf

Am 3. April eröffnet das beliebte Montana Kebap eine neue Filiale in der Leobenerstraße 38 in Niklasdorf.

Telefonisch erreichbar unter: 0677/61376207

Pumptrack: Anrainer werden vom

Die Betroffenen melden sich zu Wort

KPÖ-Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer und ÖVP-Stadtrat Michael Winkler führten mit den lärmgeplagten Anrainerinnen und Anrainern der Pumptrack-Anlage ein Gespräch, um ihre Beweggründe der Ablehnung zu erfahren. Die Anrainer möchten nicht namentlich genannt werden. Sie mußten nach einem Bericht auf der SPÖ-Facebook-Plattform „Trofaiach-My-Hometown“ bereits zahllose persönliche Anfeindungen über sich ergehen lassen.

Warum habt Ihr nicht schon vor Baubeginn die Gemeinde davon in Kenntnis gesetzt, daß Ihr gegen die Pumptrack-Anlage seid? Wann habt Ihr von diesem Projekt erfahren?

Anrainer: „Wir haben von dem Projekt im Juni 2020 über social media erfahren. Daraufhin haben wir mit dem Bürgermeister Kontakt

aufgenommen und unsere Bedenken geäußert. Als Antwort bekamen wir, wir sollten uns keine Gedanken machen, da die Anlage erst in der Planungsphase sei. Seit diesem Zeitpunkt haben wir bis zum Auffahren der Bagger nichts mehr von der Gemeinde gehört.“

Seid Ihr laufend über die



Schritte der Gemeinde informiert worden?

Anrainer: „Nein! Wir haben uns selbstständig während des Baus bei der Gemeinde gemeldet und vor Ort mit dem

Bürgermeister ein Treffen vereinbart. Wir baten damals um Öffnungszeiten, die uns nicht den Schlaf und unsere Feiertagsruhe rauben, um einen Zaun und um eine ordentliche



[AK.AT/DEINESTIMME](https://www.ak.at/deinestimme)

**#deineStimme
fordert Respekt
für alle Pflegeberufe**

Die AK vertritt deine Rechte.

Bürgermeister im Stich gelassen

Kontrolle des Betriebes. Als Antwort bekamen wir, daß diese Anlage wie jede Sportanlage in Trofaiach öffentlich zugänglich und täglich in Betrieb sei.“

Kann „Kinderlärm“ für Euch wirklich so störend sein? War hier nicht schon immer ein Spielplatz?

Anrainer: „Es stimmt, dort war schon immer ein Spielplatz, der aber auf Kinder ausgerichtet war. Mit dem Pumptrack wurde jedoch eine Sportanlage für Jung und Alt gebaut, die nichts mit einem Spielplatz zu tun hat und sich im Betrieb von der Geräuschkulisse - Musik, Geschrei, Anfeuern, Betriebsgeräusche der Fahrzeuge - eines Kinderspielplatzes wesentlich unterscheidet. Vor allem die Knallgeräusche bei den Sprüngen mit den Rollern erzeugen immer wieder Schreckmomente. Mit spielenden Kindern hatten wir nie ein Problem.“

Warum seid Ihr gegen diese Anlage?

Anrainer: „Es wurde vom Landesverwaltungsgericht und von einem von uns beauftragten Lärmgutachten festgestellt, daß die Benützung der Anlage extrem laut ist. Wir haben in unseren Räumen und in den Räumen unserer Kinder Lärmspitzen bis 83 db. Es wird Müll auf unser Grundstück geschmissen, unser Zaun wurde beschmiert.... Man muß sich vorstellen, wenn man krank ist und wegen des Lärms kein Fenster öffnen kann - unvorstellbar! Ungewollt bekommen wir sogar Privatgespräche mit. Der Garten wurde deshalb für uns unbenützbar.

Helfen konnte uns niemand. Auch wenn es abends laut war weil Partys gefeiert wurden, konnte die Polizei erst ab 22 Uhr einschreiten. Da bei uns, wie in vielen Familien, der Tag in den frühen Morgenstunden beginnt, schliefen wir dann des Öfteren im Wohnzimmer, da es in unsere Schlafräumen zu laut war.“

Wie sehen die umliegenden Bewohner die Anlage? Warum hat es von Mietern der

WAG-Siedlung keine Einsprüche gegeben?

Anrainer: „Die Mieter der Anlage haben leider kein Nachbarschaftsrecht. Das haben nur Grundstückseigentümer. Die Gemeinde hätte sehr wohl in einem Bauverfahren den Einfluss der Anlage auf die umliegenden Flächen laut Flächenwidmungsplan mit einbeziehen müssen. Der Flächenwidmungsplan wurde von der Gemeinde bis dato nicht berücksichtigt. Wenn wir mit den Mietern sprechen, dann sind viele auch betroffen und lehnen diese Sportanlage im Siedlungsgebiet ab.“

Welche Vorfälle hat es seit der Errichtung der Pumptrack-Anlage gegeben?

Anrainer: „Es gab zahlreiche Rettungseinsätze, sowohl mit Notarzt als auch mit normalen Rettungskräften. Der Schlimmste, den wir mitbekamen, war, als ein verletztes Kind mit dem Rettungshubschrauber abgeholt wurde. Es gab auch Polizeieinsätze wegen Gewalt.“

Warum ist die Anlage seit November behördlich gesperrt?

Anrainer: „Weil die Baubehörde erster Instanz der Bürgermeister ist und dieser kein Bauverfahren gemacht hat. Das wurde vom Landesverwaltungsgericht (LVWG) festgestellt. Der Gemeinde lag bereits im Spätsommer ein vom LVWG in Auftrag gegebenes medizinisches Gutachten vor, in dem erläutert wurde, daß die Situation für uns gesundheitsschädlich ist. Die Gemeinde hat, erst als die Anlage schon lange in Betrieb war, ein Bauverfahren nachgeholt. Gegen dieses mußten wir neuerlich Beschwerde erheben, da berechnete Kritikpunkte abermals nicht berücksichtigt wurden.“

Der Rechtsstreit zwischen Euch und der Gemeinde dauert nun schon mehr als eineinhalb Jahre und es ist kein Ende abzusehen. Wie hoch sind Eure Rechtsanwaltskosten bis jetzt und was

ist noch zu erwarten?

Anrainer: „In einer Zeit, in der alles teurer wird, müssen wir uns einen Rechtsanwalt nehmen, den wir aus eigener Tasche bezahlen. Der Sachverhalt ist so komplex, daß man ohne Anwalt auf verlorenem Posten steht. Mit dem Geld hätte man sich schon einen Kleinwagen leisten können. Die Gemeinde interessiert das nicht. Die gibt ja das Geld der Steuerzahler aus. Wir arbeiten schwer, um unser Haus abzubezahlen, welches nun neben einer nicht bewilligten Sportanlage steht.“

Könnt Ihr Euch eine Einigung mit der Gemeinde vorstellen?

Anrainer: „Wir sind sehr wohl gesprächsbereit. Aber man wird verstehen, daß es für uns schwierig ist, an sieben Tagen in der Woche mit Lärm leben zu müssen. Auch wir wollen unseren Garten und unser

Haus genießen und die Seele baumeln lassen. Wir haben dem Bürgermeister schon mehrmals angeboten unser Haus abzukaufen. Auf das Angebot geht er nicht ein.

Wir möchten uns abschließend bei Euch bedanken, daß wir zum ersten Mal um unsere Meinung gefragt wurden. Bei den restlichen Artikeln oder auf facebook wurde nur über uns, aber nie mit uns gesprochen! Viele Kommentare belasten uns sehr. Als wir unser Haus gekauft haben, haben wir uns einen Rückzugs- und Erholungsort geschaffen, der nun nicht mehr vorhanden ist. Wir sind ungefragt in diese Situation gedrängt worden. Positiv sind die Zusprüche der Menschen, die sich für unsere Probleme interessieren und ebenso wie wir der Meinung sind, daß diese Anlage toll ist, aber in einem Siedlungsgebiet nichts verloren hat.“

GUTSCHEIN



JOSEF WILHELMER

FRISCH SCHNELL TRADITIONELL

2 halbe Grillhendl

+

2 Salate

statt ~~18,80~~ nur **12,90**

Pichlmayergasse 17, 8700 Leoben
LCS Eingang Busbahnhof, neben Buchberger

gültig bis 30.04.2023

Friedensverhandlungen statt Waffenlieferungen!

Der Krieg in der Ukraine könnte schon längst beendet sein, hätte man auf Friedensverhandlungen gesetzt, statt immer mehr Waffen zu liefern und damit eine gefährliche Eskalationsspirale in Gang zu setzen. Am Ende droht ein atomarer Schlagabtausch. Davor warnen auch ernst zu nehmende Militärs.

So plädiert der einflußreiche US-Generalstabschef Mark Milley für Verhandlungen, denn keine der Kriegsparteien könne den Krieg gewinnen. Tatsächlich hat es bereits einen Monat nach Kriegsbeginn ernsthafte Verhandlungen in Istanbul gegeben. Man war einer Lösung nahe: Rückzug der russischen Truppen auf

die Linien vor Kriegsbeginn, kein NATO-Beitritt und keine ausländischen Truppen in der Ukraine und Sicherheitsgarantien für die Ukraine durch Staaten ihrer Wahl. Wie wir zwischenzeitlich wissen wurden diese Gespräche von der Ukraine abgebrochen; auf Druck Großbritanniens, aber auch der USA.

Krieg hätte verhindert werden können

Der Krieg hätte verhindert werden können, wären die sogenannten Minsker-

Vereinbarungen aus 2014 umgesetzt worden. Sie sind völkerrechtlich bindend und sahen einen Waffenstillstand zwischen der Ukraine und den Aufständischen im Osten, eine Autonomie für den Donbass, eine Verfassungsreform in der Ukraine mit dem Ziel einer Dezentralisierung und den Abzug aller ausländischen bewaffneten Gruppen vom Territorium der Ukraine vor. Das wurde von Deutschland,

Frankreich, Russland und der Ukraine vermittelt. Leider wurde dieses Abkommen nie umgesetzt. Mehr noch: heute weiß man aus öffentlichen Bekenntnissen der damaligen deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel und des damaligen Präsidenten Frankreichs, Francois Hollande, daß dieses Abkommen nur ein Täuschungsmanöver war, um Zeit zu gewinnen und die Ukraine aufzurüsten, mit dem Ziel den Donbass und die Krim zurückzuerobern. Auch der ehemalige deutsche NATO-General Harald Kujat hat dieser Tage darauf hingewiesen.

Bücher zum Thema



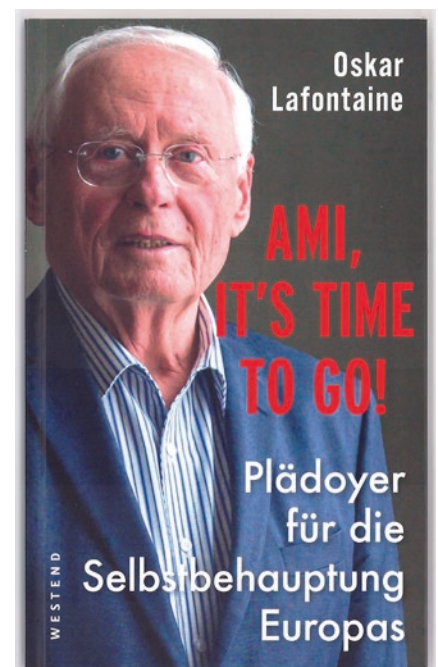
Ulrich Heyden: „Der längste Krieg in Europa seit 1945“

Schildert den eigentlichen Beginn des Krieges im Jahr 2014. Damals begann die ukrainische Armee im Zuge einer sogenannten „Anti-Terror-Operation“ Städte des Donbass zu bombardieren und machte aus dem kalten einen heißen Krieg. Zwischen 2014 und 2022 sind diesem Krieg 15.000 Menschen, allein 9.000 in den sogenannten „Volksrepubliken“, zum Opfer gefallen.



Benjamin Abelow: „Wie der Westen den Krieg in die Ukraine brachte“

John Mearsheimer, einer der renommiertesten amerikanischen Politikwissenschaftler: „Für alle, die daran interessiert sind, die wahren Ursachen der Katastrophe in der Ukraine zu verstehen, ist dieses Buch eine Pflichtlektüre.“



Oskar Lafontaine: „Ami, it's time to go!“

Lafontaine: „...heute begründet die deutsche Außenministerin weitere Waffenlieferungen in die Ukraine allen Ernstes damit, daß deutsche Waffen Menschenleben retten. Wie läßt sich dieses Elend der deutschen Außenpolitik erklären?“

Aus dem Trofaiacher Gemeinderat – Sitzung 15. Dezember 2022

Lediglich SPÖ und Grüne für den Voranschlag 2023

Der Voranschlag der Stadtgemeinde Trofaiach für 2023 weist kein erfreuliches Ergebnis aus. Eine hohe Steigerungsrate bei den Ausgaben, bedingt durch die hohe Inflation und den hohen Ausgaben bei den Energie- und Personalkosten, stehen annähernd gleichbleibende Einnahmen gegenüber. Das Nettoergebnis des Ergebnishaushaltes – ohne Berücksichtigung der Rücklagen – weist ein Minus von 1,9 Millionen Euro auf.

Mit Ausnahme des Bauhofes und ein paar kleineren Investitionen waren keine weiteren Investitionen geplant.

Bürgermeister Mario Abl (SPÖ) sprach von einer spannenden Situation für die Gemeinde. Der Voranschlag 2023 spiegle eine völlig andere Situation der Gemeinde wider als die Voranschläge der letzten Jahre. Abl: „Die Ertragsanteile erhöhen sich um nur 1,3 Prozent, während es bei den Ausgaben massive Steigerungen gibt. Der Bedarf an sozialen Unterstützungen wächst, die Sozialhilfeverbands-Umlage steigt auf 3,6 Millionen Euro. Auch die Personalkosten und die Ausgaben für Energie.“

KPÖ-Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer teilte die Sorgen um die Finanzen unserer Gemeinde. Sie kritisierte, daß die Bundesregierung die Gemeinden in dieser schwierigen Situation nicht unterstützt und bezüglich der KIP (Kommunales Investitionspaket)-Fördermittel im Unklaren läßt: „All diese Belastungen sind für viele Gemeinden nicht mehr allein zu stemmen. Das Einzige was der Bundesregierung dazu einfällt ist ein Gemeindefinanzierungspaket, bei dem aber noch niemand genau weiß, welche Bedingungen dafür gelten. Nach derzeitigem Wissensstand sollen diese Förderungen an Gemeinden nur dann ausbezahlt werden, wenn diese neue zusätzliche Investitionen umsetzen und selbst einen Eigenmittelanteil übernehmen. Viele Gemeinden haben die-

se Mittel gar nicht. Da sieht man, wie realitätsfern und abgehoben diese Regierung ist.“ Leitenbauer kritisierte aber auch hausgemachte Budgetdefizite: „Hätten wir in den letzten Jahren nicht für viele unsinnige Ausgaben das Geld beim Fenster hinaus geschmissen, wie beispielsweise für den Kauf der Bahntrasse und andere unnötige Investitionen, hätten wir heute eine weit bessere finanzielle Situation und zumindest einen Polster bei den Rücklagen.“ Die geplanten Erhöhungen für Wasser, Kanal, Müll und Friedhof von 10,6 Prozent findet sie besonders kritikwürdig. „Angesichts der schlimmsten Teuerungswelle der letzten Jahrzehnte schnürt die Gemeinde ein enormes Belastungspaket für unsere Bevölkerung, obwohl Trofaiach sowieso schon Spitzenreiter bei den Gebühren ist. Das zeigt, wie wenig Verständnis Ihr für die Sorgen der Menschen unserer Stadt habt. Gleichzeitig steigen die Dividendenausschüttungen der Stadtwerke auf 500.000 Euro, fast derselbe Betrag geht auch wieder nach Judenburg! Daß es anders geht, zeigt Knittelfeld. Die haben die Gebührenerhöhungen aufgrund der enormen Teuerungswelle ausgesetzt!“

Auch ÖVP-Stadtrat Winkler sparte nicht mit Kritik: „Wie schlecht es mit den Finanzen unserer Gemeinde steht, zeigt, daß nur mehr eine Investition im Voranschlag geplant ist. Man sieht, wie ab-

hängig unsere Gemeinde von den Bedarfszuweisungsmitteln vom Land und den KIP-Mitteln vom Bund ist. Dieser Voranschlag ist ein rein provisorischer aus dem kaum etwas ersichtlich ist. Wir können deshalb nicht zustimmen.“

Auch FPÖ-Gemeinderätin Monika Puntigam sieht die budgetäre Situation der Gemeinde besorgniserre-

gend: „Die Allgemeine Rücklage ist bis zum Ende des Jahres aufgebraucht, wir haben keine Reserven mehr. Beim Bauhof gibt es keine Einsparungen obwohl hohe Baukostenüberschreitungen zu erwarten sind.“

Der Voranschlag wurde nur von SPÖ und Grünen beschlossen, KPÖ, ÖVP und FPÖ sagten nein.

ESSEN AUF RÄDERN VORDERNBERG

**Traditionsbewußte Weiterführung
des Familienbetriebs**

Seit 1. Juni 2021 wird der
Familienbetrieb Feiel von
Herrn Thomas Stessl weitergeführt.

Der am 1. August 1998 entstandene Familienbetrieb bietet weiterhin seit nahezu einem viertel Jahrhundert traditionelle Küche mit regionalen Produkten und einem nachhaltigen Konzept.

Die Auslieferung erfolgt in hochwertigem Porzellan-geschirr. Es gibt täglich zwei Menüs zur Auswahl, die jeweils Suppe, Hauptspeise – teils mit Salat sowie immer einer guten Nachspeise zugestellt werden.



Unter 0650 90 19 333

erreichen Sie uns an sieben Tagen der Woche.
Wir sind stets bemüht für Ihr leibliches Wohl
mit der vormittags erfolgenden Zustellung zu Sorgen.

Ein herzliches Glück Auf! aus Vordernberg!
Thomas Stessl

Warum steigende Preise kein Naturgesetz sind

Wohl jeder und jede merkt die massiven Teuerungen, sei es bei den Energiekosten, bei den Mieten, beim Lebensmitteleinkauf oder an der Tanksäule.

In Österreich lag die durchschnittliche Inflation im Jahr 2022 bei 8,6 Prozent. Im Jänner 2023 betrug sie sogar 11,1 Prozent und legte somit im Gegensatz zu anderen europäischen Staaten noch einmal kräftig zu. Für viele Menschen wird es immer schwieriger, sich das tägliche Leben noch leisten zu können.

Bereits 2021 führten eine verstärkte Nachfrage in Kombination mit brüchigen Lieferketten zu steigenden Preisen. So richtig angezogen hat die Teuerung mit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine, was vor allem mit einer starken Abhängigkeit von russischem Gas, aber auch mit der sich immer weiterdrehenden Sanktionsspirale gegen Russland zu tun hat.

Preise steigen nicht, sie werden erhöht

Dabei steigen die Preise aber nicht einfach so, sie werden von den Unternehmen erhöht und das schon bevor die Einkaufspreis für die Unternehmen selbst steigen. Auch werden erwartete Preissteigerungen oft zur Spekulation für höhere Profite genützt, indem Waren zurückgehalten werden, in der Erwartung, diese etwas später zu einem noch höheren Preis verkaufen zu können.

Ebenso können große Unternehmen ihre Marktmacht nutzen, die Preise über Gebühr zu erhöhen, da sie aufgrund ihrer marktbeherrschenden Position sicher sein können, dass die Konsumenten ihre Waren auch zu erhöhten Preisen beziehen müssen, da es keine Al-



Der tägliche Einkauf wird für immer mehr Menschen immer unerschwinglicher. Viele Preise werden von Konzernen willkürlich erhöht. FOTO: PIXABAY, ALEXA

ternative gibt. Davon zeugen Unternehmen, die in Inflationszeiten Rekordprofite einfahren, wie das Beispiel OMV zeigt. So konnte der Energiekonzern seinen Nettogewinn im Jahr 2022 im Vergleich zum Vorjahr um 85 Prozent steigern. Anstatt die Preise immer weiter zu erhöhen, könnten diese Konzerne auf einen Teil ihres Profits verzichten und würden trotzdem noch immer schwarze Zahlen schreiben. Die Sicherung der Rendite für die Aktionäre und möglichst hohe Bonuszahlungen für Spitzenmanager scheinen aber wichtiger zu sein.

Steuergeld für Unternehmensprofite

Was aber tun Politiker um die Menschen in diesen schwierigen Zeiten zu entlasten? Die österreichische Bundesregierung hat einige Maßnahmen gesetzt. Allerdings handelt es sich dabei meist um einmalige Zuschüsse. Der Großteil der Maßnahmen trägt damit nicht zu einer Senkung der Preise bei. Letztlich subventionieren die Steuerzahler die hohen Pro-

fitte der Unternehmen. Diese erhalten aber ohnehin auch Geld vom Staat in Form von Energiehilfen, wobei hier sehr großzügig mit der Gießkanne vorgegangen wird und eine Überförderung wie schon bei den Coronahilfen zu befürchten ist. Da stellt sich die Frage, wer am Ende die Zeche zahlen wird?

Eine Antwort könnten Übergewinnsteuern sein, die jene Unternehmen zu entrichten haben, die durch die Inflation Rekordprofite einfahren. War dies vor Monaten noch ein absolutes Tabu, hat man sich nun auch in Österreich dazu durchgerungen, eine solche Steuer einzuführen. Das umgesetzte Modell ist allerdings unzureichend und zielt wohl darauf ab, die Krisenprofiteure nicht zu sehr zu „belasten“, wie am Beispiel OMV deutlich wird, die von ihrem enormen Zusatzgewinn nur einen geringen Teil an Steuern abführen muss.

Es geht auch anders

Daß es auch anders geht, zeigen Länder wie Spanien oder Frankreich. Hier greift der

Staat aktiv ins Marktgeschehen ein. So setzen Spanien und Frankreich schon seit einiger Zeit auf Preisbremsen, etwa bei Energie und Lebensmitteln. In Spanien beispielsweise dürfen die Mieten nur mehr um maximal zwei Prozent pro Jahr angehoben werden. Diese Maßnahmen haben tatsächlich eine preisdämpfende Wirkung.

Die bisher einzige preisdämpfende Maßnahme in Österreich ist die im Dezember eingeführte Strompreisbremse, die aber dazu führt, daß die Strampreise nicht gesenkt werden, da der Staat bis 2024 den Energielieferanten die Gewinne garantiert. In vielen anderen Bereichen laufen die Teuerungen weiter. Es wäre endlich an der Zeit, daß auch die österreichische Bundesregierung preisdämpfende Maßnahmen für bestimmte Waren einführt und so der massiven Belastung für die Bevölkerung nachhaltig entgegenwirkt. Nicht zuletzt geht es aber auch vor allem darum, daß Menschen Löhne erhalten, von denen sie leben können.

EU: Korruption und Bestechlichkeit

Ein Skandal erschütterte im letzten Jahr die Europäischen Institutionen. Ein genauerer Blick zeigt: Kriminelle Machenschaften sind in der EU keine Seltenheit.

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung, Geldwäsche und Korruption: Die Vorwürfe gegen **Eva Kaili** sind schwer, ihr Amt als Vizepräsidentin des EU-Parlaments hat sie deswegen bereits verloren. Die griechische Politikerin wird verdächtigt, Geld und teure Geschenke von Katar und Marokko erhalten zu haben. Im Gegenzug soll sie sich bei politischen Entscheidungen für die beiden Länder eingesetzt haben. Sie ist eine von sechs Verdächtigen, die von den belgischen Behörden in dem Korruptionsskandal festgenommen wurden. Im Raum steht, daß das Golfemirat Katar, das die Fußball-Weltmeisterschaft ausgerichtet hat, mit umfangreichen Geld- und Sachgeschenken versucht hat, Einfluß auf politische Entscheidungen im Europaparlament zu nehmen.

Auch **Maria Arena**, bislang Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte im Europäischen Parlament, trat von ihrer Funktion zurück – wohl um einem förmlichen Abwahlverfahren zu entgehen. Denn das Gremium steht im Mittelpunkt des Skandals und die belgische Sozialdemokratin spielte dabei eine zentrale Rolle, auch wenn sie bisher nicht zu den Beschuldigten gehört. Auch bei ihr geht es um die Einflussnahme durch Katar und Marokko.

Insgesamt wurden in dem Skandal 1,5 Millionen Euro an Bargeld beschlagnahmt.

Der Skandal unter EU-Parlamentarier ist kein Einzelfall, wie die Vorkommnisse der letzten Jahre deutlich zeigen.

Immer wieder erschüttern Korruptionsaffären die Europäische Union.

„Cash for Laws“-Affäre

2010 gaben sich die *Sunday Times*-Reporter als Lobbyisten aus und versuchten für je 100.000 Euro, 60 verschiedene Abgeordnete des Europäischen Parlaments dazu zu bringen, einen von den Reportern vorgeschlagenen Gesetzesentwurf durchzusetzen. Die beiden erhielten viele Absagen, doch drei Abgeordnete – der ehemalige österreichische ÖVP-Innenminister **Ernst Strasser** und die beiden Sozialdemokraten **Adrian Severin** aus Rumänien und **Zoran Thaler** aus Slowenien – gingen auf das Angebot ein. Im deutschsprachigen Raum sorgte vor allem Strasser für Schlagzeilen und für Klicks auf diversen Videoportalen, in denen die Mitschnitte der Gespräche zwischen ihm und den Reportern kursierten. In diesen Videos gab Strasser unumwunden zu:

*“Of course I am a lobbyist.”
(„Natürlich bin ich ein Lobbyist.“)*

Letztlich gab die Korruptionsstaatsanwaltschaft bekannt, daß gegen ihn Anklage wegen Bestechlichkeit erhoben werde. Strasser wurde am 13. März 2014 verurteilt und trat im November 2014 seine Haftstrafe an – ausgerechnet in einem Gefängnis, das er als Innenminister selbst eröffnet hatte.

Und noch mehr korrupte Parlamentarier...

Im Jahr 2012 wurde EU-Gesundheitskommissar **John Dalli** vom damaligen EU-Kommissionspräsident **José Manuel Barroso** entlassen. Grund waren die Ermittlungsergebnisse der Antibetrugsbehörde der EU. Denn

der schwedische Tabakkonzern Swedish Match beschuldigte den Konservativen aus Malta, das Unternehmen erpresst zu haben. Gegen viel Geld wurde dem Unternehmen in Aussicht gestellt, die Verschärfung der Tabakrichtlinie in ihrem Sinne beeinflussen zu können.

Die Antibetrugsbehörde der EU konnte zwar keine direkte Beteiligung des EU-Kommissars nachweisen – Dalli soll aber von dem illegalen Angebot gewusst haben. Dalli bestreitet die Vorwürfe bis heute. Ihm zufolge war er das Opfer einer Falle der Tabaklobby geworden.

JAHRBACHER

Antik und Altwarenhandel
Ger. Beeid. Sachverständiger Fachgruppe Handel




Wir kaufen Ihr Gold!

Gratisschätzung
0664/3382716

Gold- und Silbermünzen, Gold- und Silberschmuck
Edelsteine, Modeschmuck, Bruch- und Zahngold

- unbürokratisch
- sofort gegen Bargeld
- zum Tageshöchstpreis



GRATISSCHÄTZUNG!

Ankauf von Goldschmuck,
Bruchgold, Münzen,
Briefmarken, Ansichtskarten,
Feldpost, alles vom 1. & 2. Weltkrieg,
Bücher, Möbel, Bilder,
Uhren, Gold- & Silberschmuck,
Zahngold, Modeschmuck, etc.

Immobilienvertragssteuer in Österreich

Was ist die Immobilienvertragssteuer?

Die Immobilienvertragssteuer, die auch als ImmoEST bezeichnet wird, ist die Steuer, die auf den Verkaufsgewinn von privaten Immobilien erhoben wird. Dabei wird der Veräußerungsgewinn, die Differenz zwischen Veräußerungserlös und Anschaffungskosten, mit 30 Prozent versteuert. Seit dem 1. April 2012 unterliegen alle Gewinne aus Veräußerungen von Immobilien der unbefristeten Steuerpflicht.

Wer zahlt die Immobilienvertragssteuer?

Die Immobilienvertragssteuer fällt bei allen entgeltlichen Veräußerungen an und ist vom Verkäufer zu bezahlen. Von der Immobilienvertragssteuer ausgenommen sind alle sogenannten „unentgeltlichen Übertragungen“, da es keine Gegenleistung in Form eines Verkaufserlöses gibt. Immobilienvertrags-

steuer fällt bei Schenkungen und Erbschaften also nicht an. Es können jedoch andere Steuern zum Tragen kommen.

Wann ist man von der Immobilienvertragssteuer befreit?

Eine Befreiung von der Immobilienvertragssteuer ist dann möglich, wenn

1. eine Immobilie (Wohnung oder Haus mit Grundstück) ab der Anschaffung mindestens zwei Jahre, oder in den letzten zehn Jahre mindestens fünf Jahre durchgehend als Hauptwohnsitz genutzt wurde. Wird der Hauptwohnsitz nun aufgegeben fällt keine Immobilienvertragssteuer an. Bei Grundstücken gilt diese Befreiung auf die ersten 1.000 Quadratmeter.
2. ein Gebäude „selbst erstellt wurde“, da der Veräußerer die Bauherreneigenschaft hat. Diese Immobilien dürfen in den letzten zehn Jahren allerdings nicht zur Erzielung von Einkünften genutzt, also vermietet oder verpachtet, worden sein.
3. ein Tausch im Rahmen eines Zusammenlegungsverfahrens oder Flurbereinigungsverfahrens stattfindet.
4. die Anrechnung von Grunderwerbsteuern und Stiftungssteuern sowie von Erbschaftssteuern und Schenkungssteuern der letzten drei Jahre vor dem Verkauf auf die Spekulationssteuer möglich ist.



Markus Letonja
Immobilienfachberater
M +43 664 8385998
markus.letonja@sreal.at
www.sreal.at

Ich berate
Sie gerne!

Aus dem Trofaiacher Gemeinderat – Sitzung vom 16. März 2023:

1. Nachtragsvoranschlag 2023, Rechnungsabschluss 2022

Bereits in der Gemeinderatssitzung am 16. März wurde der 1. Nachtragsvoranschlag vorgelegt. Das Nettoergebnis weist nun ein Minus von 991.000 Euro aus. Laut Nachtragsvoranschlag sind nun - im Gegensatz zum ursprünglichen Voranschlag - weitere Investitionen geplant. Der Nachtragsvoranschlag wurde mit den Stimmen von SPÖ, Grünen und FPÖ beschlossen, KPÖ und ÖVP stimmten dagegen. Zustimmung für - im Rahmen dieses Nachtragsvoranschlags extra abgestimmten Investitionen - gab es von allen Partei-

en für die Sanierung des Rüsthauses Laintal, für eine neue Drehleiter der Feuerwehr Trofaiach, für die Radwegnetz-Erweiterung, für weitere Investitionen in die Kinderkrippe Pustebume und für diverse Straßensanierungen. Sowohl KPÖ und ÖVP sprachen sich für diese Investitionen aus, stimmten aber gegen die im Nachtragsvoranschlag geplanten extrem hohen Kosten für den Bauhofumbau.

Der Rechnungsabschluss 2022 wurde mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, Grünen und FPÖ gegen die Stimmen der KPÖ beschlossen.

 **Fernwärme** bis zu **+303 %**

 **Strom** bis zu **+317 %**

 **Gas** **+115 %**

 **Treibstoffe** **+53 %**

**Wer kann sich DAS
noch leisten?**

STOP

**PREISE
RUNTER!**

KPÖ

KOSTENLOSE MIETERBERATUNG



Die KPÖ bietet

Ihnen eine kostenlose Mieterberatung.

Ort: Pestalozzistraße 93, 8700 Leoben

Interessenten werden gebeten, sich unbedingt telefonisch anzumelden:

038 42/ 22 6 70

Neue Ausgabe der *Pflege in Bewegung*

Wie belastend der Pflegeberuf ist, wissen viele aus eigener Erfahrung. Viele Pflege-Beschäftigte wollen sich mit schlechten Umständen aber nicht länger abfinden, sondern werden aktiv für bessere Arbeitsbedingungen. Der Arbeitskreis „Gesundheit & Pflege“ der KPÖ Steiermark ist eine Möglichkeit, sich zu engagieren. Damit die Pflege ein Sprachrohr hat und ihre Anliegen auch gehört werden, gibt es die Zeitschrift *Pflege in Bewegung*, deren sechste Ausgabe nun erschienen ist. Gedruckte Exemplare zum Sel-

berlesen oder Weiterverteilen können Sie kostenlos unter: Telefon: 038 42/ 22 6 70 bestellen.



UMFRAGE

Bunter Zebrastrifen in Trofaiach?

In Trofaiach wurde mit den Stimmen von SPÖ und Grünen beschlossen, den bestehenden Zebrastrifen von der Raiffeisenbank zur Sparkasse zu einem Regenbogen-Zebrastrifen umzufärbeln, um angeblich ein Zeichen gegen die Diskriminierung der LGBTQ-Szene zu setzen. KPÖ, ÖVP und FPÖ stimmten dage-

gen. Die KPÖ hält derartige Maßnahmen für reine Symbolpolitik. Besser wäre es konkrete Maßnahmen zu setzen. Außerdem gibt es Rechtsmeinungen, die derartige Zebrastrifen lediglich bei einer ampelgeregelten Kreuzung erlauben würden. Ansonsten sei die Haftung bei Unfällen nicht gegeben.

AUS DEM MIETRECHT

Kuriosum Küchenmiete

Der Wert von Gegenständen sinkt in der Regel mit deren Alter. Ausnahmen bilden zum Beispiel manche Weine, Kunstgegenstände und ähnliches. Daß zu diesen Ausnahmen offenbar auch Wohnungen zählen, ist bereits weniger nachvollziehbar. Besonders ärgerlich für viele Mieter sind in diesem Zusammenhang Küchenmieten. Ihre Höhe errechnet sich aus dem Zeitwert, durchschnittlicher Lebensdauer und einem Gewinnanteil für den Vermieter. Wegen deren Wertsicherung steigen die Küchenmieten allerdings genauso stetig, wie sich der Zustand der Küchen verschlechtert. Selbst wenn die Küchen längst nicht mehr existieren und vom Mieter bereits ersetzt wurden, ist die vertraglich vereinbarte Küchenmiete inklusive Wertsicherung weiter an den Vermieter zu bezahlen! Die aktuelle Rechtslage läßt dieses – für Vermieter

freilich sehr erfreuliche Kuriosum – tatsächlich zu!

Mieter können sich aber dagegen wehren: Bei befristeten Mietverträgen kann bis spätestens 6 Monate nach Ablauf des Mietvertrages ein Antrag auf Überprüfung der Höhe der Küchenmiete bei der Schlichtungsstelle oder beim zuständigen Bezirksgericht gestellt werden. Mieter mit unbefristeten Mietverträgen müssen diesen Antrag allerdings spätestens nach drei Jahren stellen. Da insbesondere Vermieter von geförderten Wohnungen oft sehr günstige Küchen verbauen, ist ein Antrag auf Überprüfung der Küchenmiete ratsam!

Letztendlich ist der Bundesgesetzgeber dringend gefordert, diesen Mißstand zu beseitigen, am besten gleich im Rahmen einer umfassenden Reform des Mietrechtsgesetzes.

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

Unter den Einsendungen werden Buchpreise verlost.

Bunter Zebrastrifen in Trofaiach?

J A N E I N

Ich finde diese Idee gut.

Weitere Vorschläge und Meinungen

Name:

Adresse:

Bitte ausschneiden und einsenden an:

TROFAIACHER NACHRICHTEN

Pestalozzistraße 93, 8700 Leoben oder Fax: 038 42/27 4 17



Einfamilienwohnhaus

St. Peter-Freienstein – Schörgelhofriedung!

BJ 1958, Nfl. 127,86 m², Garage ca. 11,07 m², unterkellert, Nebengebäude (Werkstatt) 12,12 m², Gas-ZH + Festbrennstoffkessel. Das Objekt selbst war vermietet und weist nun einen Sanierungsrückstand auf. Das ebene, sonnige Grundstück hat eine Gesamtfläche von 1.405 m² und könnte bei Bedarf in 2 Parzellen aufgeteilt werden.

HWB: 192,7 kWh/m²a, fGEE: 2,34, KP € 159.000,-



Großzügiges Einfamilienwohnhaus in Jassing – St. Michael ob Leoben.

Nfl. 188,71 m², DG zum Ausbau vorbereitet 80,73 m². Das Objekt wurde im Laufe der Jahre erweitert und zuletzt 2003 - 2007 umgebaut, sodass nun eine Nfl. von 188,71 m² zur Verfügung steht. Auf dem 1.215 m² großen, ebenen Grundstück mit der Widmung „Freiland“, wurden mehrere Nebengebäude in Holzbauweise errichtet. Gas-ZH + Pellets-ZH.

HWB: 162, 3 kWh/m²a, fGEE: 1,63, KP € 290.000,-



Seltene Gelegenheit! - 165 m² Eigentumswohnung in zentraler Lage, in Leoben

„Traumwohnung mit viel Platz zum Wohlfühlen“

Nfl. 165 m². Das DG wurde erst 1998 ausgebaut. Daher ist die Wohnung selbst neuwertig und gut ausgestattet. Die Wohnung könnte bei Bedarf auch wieder in 2 Wohneinheiten getrennt und genutzt werden. Kaminofen, Balkon, gute Infrastruktur, lastenfreie Übernahme.

HWB: 147,6 kWh/m²a, fGEE: 2,34, KP € 315.000,-



Sehr gepflegte Eigentumswohnung (2 Wohneinheiten -Trennung möglich) in ruhiger Lage in Trofaiach!

Ruhige Wohnlage, guter und gepflegter Zustand, 84,82 m² Nfl. inkl. Wintergarten, Loggia, 2 Tiefgaragenparkplätze, lastenfreie Übernahme. Die Wohnung eignet sich ideal für Pärchen, als Ferien- oder als Anlageobjekt zur (auch getrennten) Vermietung!

HWB: 120,2 kWh/m²a, fGEE: 1,71, KP € 165.000,-



3 bis 4-Zimmer-Wohnung in Leoben

Top sanierte Wohnung mit tollem Rundumblick über Leoben. 88,51 m² Nfl. zzgl. 2 Loggien, zentrale Lage, thermisch saniert. Das aushaftende Darlehen kann vorzeitig oder monatlich über die BK getilgt werden.

HWB: 80,30 kWh/m²a

KP € 235.000,- inkl. Sanierungsdarlehen oder Barkaufpreis € 186.636,52 zzgl. Übernahme Darlehen



Büro und Produktionshallen in sehr guter, zentraler Lage – Trofaiach/Edling

Bürogebäude 345,40 m² Nfl. + 95,3 m² Keller, Lager/Produktionshallen 852,59 m² + 227 m² Außenlager u. Flugdächer. 8.744 m² Gfl., Krananlagen, Nebengebäude m. 3 Garagen (126 m² zzgl. überd. Abstellbereich m. 148 m²).

Büro HWB: 169,19 kWh/m²a,

Sonst. Gebäude HWB: 188,83 kWh/m²a

Miete € 8.500,- / Monat, Honorar: 3 BMM zzgl. 20% USt.

Sie wollen Ihre Immobilie verkaufen? Wir beraten Sie gerne.



Kontaktieren Sie uns jetzt und profitieren Sie von 40 Jahren Markterfahrung

Markus Letonja
Immobilienfachberater
M +43 664 8385998
markus.letonja@sreal.at
www.sreal.at

Ich berate
Sie gerne!